Einzelpreis 1,— Mk. 5. Jahrg. Mittwoch, den 26. April 1922 Nummer 193 Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35,— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32,— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 12,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wirth über den deutsch-russischen Vertrag

Keine geheimen Bestimmungen

Genua, den 25. April.

Anläßlich eines Empfanges der deutschen Pressevertreter in Genua gab Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärung ab:

Mir liegt daran, eine Erklärung in Ihrer Mitte abzugeben. Soweit bis jetzt Zeitungsnachrichten zu uns gedrungen sind, ist an uns die Frage in Frankreich gerichtet worden: ist der Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht worden? Enthält er geheime Bestimmungen? Gilt er militärischen oder politischen Bestimmungen als Vorwand?

Dazu lautet meine Erklärung: **Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden.** Er enthält **keinerlei geheime Bestimmungen politischen oder militärischen Charakter.** Er ist nach unserer Auffassung als **Friedensinstrument** zu würdigen, und er ist auch **der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern,** die miteinander im blutigen Ringen gestanden haben. Er macht **mit der Vergangenheit zwischen Deutschland und Rußland reinen Tisch.** Worauf es ankommt, ist, mit dem russischen Volke in Frieden zu leben und es der **Handelswelt** zu ermöglichen, im Osten arbeiten zu können. Wer uns darin nachkommt und nachfolgt, der ist uns willkommen. Wir können es nur begrüßen, wenn die Westmächte in Genua zu einem ähnlichen Vertrage wie dem von Rapallo kommen, der friedliche Wege ebnet.

Lloyd George gegen Poincaré

London, 25. April.

Die Abendblätter veröffentlichen folgende Meldung: Lloyd George sagt in einer aus Genua an England gerichteten Botschaft, die Rede Poincarés sei eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht danach angetan, das Zusammenarbeiten der Alliierten zu bessern. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde.

(Intel.) Genua, 25. April.

Der englische Staatssekretär Grieg hielt heute vor englischen und amerikanischen Journalisten eine Rede, die, wie Grieg einleitend ausdrücklich erklärte, die Ansichten des Premierministers wiedergab.

Lloyd George, führte Grieg aus, **betrachtet die Rede Poincarés als schwerwiegend und der größten Beachtung wert.** Die englische Regierung weise keineswegs, wie das Lloyd George so oft erklärt habe, den Gedanken einer engen und herzlichen Zusammenarbeit der Alliierten zurück. Es sei aber merkwürdig, daß Poincaré in dem gleichen Augenblick, in dem er die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit betont, gleichzeitig erklärt, **daß Frankreich bereit sei, allein zu handeln.** Lloyd George verstehe sehr gut, daß Frankreich, dessen Politik von dem Reparationsproblem beherrscht werde, von der Haltung der deutschen Delegation in Genua betroffen ist und an der Haltung Lloyd Georges gegenüber Rußland und Deutschland zweifele. Aber **Lloyd George** lasse sich in seiner Politik **gegenüber Deutschland von dem Gedanken des Friedens leiten** und handele stets nur korrekt gegenüber den Alliierten. Die **Anklage der Zweideutigkeit,** die gegen ihn erhoben wurde, sei **der Northcliffe-Presse würdig,** die er nicht beachte. Ueber seine Politik werde er in klarster und umfassendster Weise im Parlament Rede und Antwort stehen.

Was will in Wahrheit Lloyd George?

fragte Grieg. Er will **verhindern, daß Rußland und Deutschland von Hunger getrieben sich gleich Barbaren auf die Westvölker stürzen.** Man darf nicht vergessen, daß Rußland sehr viel gelitten hat, mehr als alle Nationen, die am Weltkriege teilgenommen haben. Gewiß sei die Haltung der russischen Delegation in Genua nicht sehr glücklich. Sie verliere sich in einer Reihe von kleinen Schachergeschäften. Noch heute wisse sie nicht, was sie eigentlich wolle. Aber das sei kein Grund, um Rußland seinem Schicksal zu überlassen. Man müsse vielmehr den Standpunkt der Alliierten ihm gegenüber präzisieren. Die Experten haben das **russische Gegenprojekt geprüft** und bereiten die Antwort vor. England wird die Alliierten nicht vergessen, aber es wird auch nicht seine Politik des Friedens aufgeben.

In seinen weiteren Ausführungen streifte Sir Edward Grieg auch den deutsch-russischen Vertrag und ließ durchblicken, daß so sehr die englische Delegation auch über den Abschluß des Vertrages erzürnt gewesen sei, man sich doch nicht der Erkenntnis verschließen könne, daß Deutschland und Rußland aufeinander angewiesen seien.

Rußland bleibt standhaft

Paris, 25. April.

Tschitscherin erklärte einem Vertreter der Agentur Havas u. a. folgendes: Solange wir uns in Allgemeinheiten bewegten, könnten die Meinungsverschiedenheiten nicht offenkundig werden, sobald aber das Eigentumsrecht zur Sprache kam, gewann für uns die Debatte ein Interesse ersten Ranges. Die großen Arbeiter- und Bauernmassen Rußlands sind von der Idee durchdrungen, daß der **Grund und Boden** und der **große Industriebesitz nationales Eigentum** sind. Der Grundsatz der Nationalisierung ohne Entschädigung ist einem jedem russischen Herzen teuere Parole geworden. Unsere Volksmassen sind der Ansicht, daß Land- und Industriebesitz Privilegien sind, ähnlich den feudalen Rechten vor der französischen Revolution und ähnlich der Leibeigenschaft vor Alexander II. Diese ehemaligen Privilegien sind aber ohne Entschädigung abgeschafft worden. So soll es auch mit den heutigen Privilegien sein. Infolgedessen können wir in diesem Punkte nicht nachgeben.

Das Arbeitslosenproblem in Genua

Genua, 24. April.

In der heutigen Sitzung des ersten Unterausschusses der Wirtschaftskommission wurde folgender Vorschlag einer Entschließung übergeben:

„Die auf der Wirtschaftskonferenz in Genua versammelten Nationen sind sich darüber einig, daß der wirtschaftliche Aufbau der Welt **nur unter Mitarbeit der Hand- und Kopfarbeiter** aller Völker erfolgen kann. Ihre Mitarbeit ist heute gefährdet, weil ihre Lebenshaltung in vielen, besonders in den valutaschwachen Ländern außerordentlich herabgedrückt ist, vor allem aber weil große Teile der Welt von langandauernder Arbeitslosigkeit betroffen, andere von ihr bedroht sind. Diese Folge der Weltkrise vermindert Produktion wie Konsumkraft und verschärft und verlängert dadurch die Krise selbst. Wenn hier auch endgültig erst die Wiederherstellung des finanziellen und wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen den Völkern Abhilfe bringen kann, so sollen doch in der Zwischenzeit die Nationen alle geeigneten Mittel anwenden, um dem sozialen Lebensstand die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit zu erhalten. Zu diesem Zweck empfiehlt die Konferenz allen Nationen: 1. beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß der Gedanke der wirtschaftlichen Auswertung aller vorhandenen Arbeitskräfte voranstehen, a) die vorhandene Arbeitsgelegenheit ist im Wege einer rationellen Arbeitsvermittlung bis zum irgend möglichen Maße auszunutzen, beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt werden die Länder im Rahmen des Möglichen einander Entgegenkommen bezeigen; b) die öffentlichen Arbeiten sind, wo es möglich ist, für die Zwecke der Arbeitslosenfürsorge auszunutzen und den zeitlichen und örtlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen; c) die Mittel der Erwerbslosenfürsorge sind in wachsendem Maße für die Bereitstellung neuer wirtschaftlich wertvoller Arbeiten zu verwenden (produktive Erwerbslosenfürsorge), um dadurch Produktion und Konsumkraft zu steigern. 2. Durch Vermittlung des Internationalen Arbeitsamtes sollen die Erfahrungen, die in den einzelnen Ländern erzielt werden, ausgetauscht und nach Möglichkeit wechselseitig nutzbar gemacht werden. Bei dieser Gelegenheit sollen in internationaler Zusammenarbeit die tieferen Gründe der Arbeitslosigkeit erforscht und soll insbesondere den Rückwirkungen des Währungsproblems auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

„Zwei Jahre Kompromisse"

Ströbel über die rechtssozialistische Politik.

(Schlußartikel.)

Am Schlusse des ersten Artikels hatten wir **Ströbels** Kritik der rechtssozialistischen Partei zur Zeit **ihrer** „Opposition" unter dem Kabinett Fehrenbach **wiedergegeben,** die er sehr richtig als „die alte, **schwächliche,** unselbständige Kompromißlerei, der sie als **Regierungspartei** verfallen war" charakterisiert. **Ströbel** fährt sodann fort:

„Eine Oppositionspartei, die nicht energisch **Opposition** zu machen und entschieden ihre eigenen Wege zu gehen wagt, ist natürlich ein Unding. **Will** die Sozialdemokratie ein wirklicher **Machtfaktor** werden, so gibt es dazu nur zwei Wege: ihre **energischste** Geltendmachung in einer **Koalitionsregierung,** in der sie mindestens die Hälfte der Sitze innehat; oder aber den schneidigsten Kampf gegen eine bürgerliche Regierung mit dem klaren Ziele, diese Regierung zu stürzen und einer anderen Regierung und einer anderen Politik die Bahn freizumachen. Die Sozialdemokratie aber versagte ebenso als mitregierende Partei wie in der Opposition. Ihr Versagen wurzelte in dem Grundirrtum, daß man sich zunächst damit begnügen müsse, die Republik zu sichern und die Demokratie auszubauen, während der ökonomische Umbau der Gesellschaft einer späteren Zeitspanne vorbehalten bleiben dürfe. Die Republik und Demokratie aber wähnte man zu sichern, wenn man die bedrohlich anschwellende Reaktion durch Pazifizierung ihrer einen Hälfte, der Deutschen Volkspartei, schwächte und aktionsunfähig machte. Die Aussöhnung der „Stinnes-Partei" mit der Republik jedoch war nur möglich, wenn man die Interessen der besitzenden Klassen mit zartester Rücksicht behandelte und Schwerindustriellen und Großkapitalisten schrankenlose Entfaltungs- und Ausbeutungsfreiheit gewährte. So bot die deutsche demokratische Republik trotz ihres proletarisch-revolutionären Ursprungs immer mehr das wahrhaft groteske Bild einer zügellosen Geldsackherrschaft, die sich in der roten Maskerade des sozialistischen Ministeriums so behaglich fühlte wie nie zuvor! Das Schicksal der Sozialisierungsbestrebungen ist kennzeichnend für die Angst, die souveränen Herrenrechte des Kapitals irgendwie anzutasten."

Eingehend schildert Ströbel darauf, wie nach dem Kapp-Putsch die Sozialisierung des Bergbaues in die acht Forderungen der Gewerkschaften an die Regierung aufgenommen und die Sozialisierungskommission neu berufen wurde, wie diese zwei Vorschläge für die Sozialisierung des Bergbaues ausarbeitete, der freie Bergarbeiterverband und die christliche Bergarbeiterorganisation die Bergbausozialisierung forderten, die Reichsregierung sie im Reichstage versprach, der rechtssozialistische Parteitag in Cassel für sie eintrat und der Reichswirtschaftsrat sie sabotierte. Ströbel stellt dann fest:

„Aber da die Sozialdemokratische Partei keinen Finger rührte, um ihren Casseler Sozialisierungsbeschluß zur Verwirklichung zu bringen, und da die Zertrümmerung der USP. und der unsinnige Kommunistenputsch die proletarische Stoßkraft vollends abstumpften, verfiel der ganze Sozialisierungsplan sang- und klanglos der Vergessenheit! Daß diese Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit der SPD. in Sachen der Sozialisierung aber kein momentanes Versagen war, sondern der Grundstimmung der Parteiführerschaft entsprang, sich einstweilen an das soziale Grundproblem überhaupt nicht heranzugetrauen, bewies die Fassung des neuen Programms, das auf dem Görlitzer Parteitag angenommen wurde. In diesem Programm wird von der brennendsten und aktuellen Frage, die heute der deutsche Sozialismus zu lösen hat, von dem Sozialisierungsproblem, nur in den vagsten und schattenhaftesten Andeutungen gesprochen und auch nicht der bescheidenste

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Demonstriert am 1. Mai für Eure politischen und sozialen Grundrechte!

Versuch gemacht, die Art und die Wege praktischer Sozialisierungsarbeit zu bestimmen. Während die demokratischen, verwaltungstechnischen und pädagogischen Forderungen genau präzisiert werden, bleiben die Sozialisierungsforderungen ganz im Nebel der Gedankenlosigkeit stecken. Diese Anspruchslosigkeit bliebe unfaßbar, wenn nicht die meisten Führer ungefähr so dächten, wie der durch den Kapp-Putsch unmöglich gewordene Reichswehrminister Noske, der kürzlich in einer Reichstagskandidatenrede — der Posten eines Oberpräsidenten genügt offenbar dem politischen Betätigungsdrange des Mannes nicht mehr — erklärte, daß man auf jede Sozialisierung so lange verzichten müsse, bis die Intelligenz dafür gewonnen sei. Da es nun aber rätselhaft bleibt, wie die Intelligenz anders für die Sozialisierung gewonnen werden könnte, als durch das unwiderstehliche Drängen des sozialistischen Proletariats selbst, durch die nachdrücklichste Sozialisierungspropaganda und durch eine alle Anzweiflungen niederschlagende erfolgreiche Sozialisierungspraxis, Noske aber von all diesen Dingen gerade nichts wissen will, so bezweckt seine Mahnung zum Verzicht auf die Sozialisierung offenbar nichts anderes, als deren Vertagung in eine ferne Zukunft!

Je passiver und ratloser aber die Sozialdemokratische Partei den Wirtschaftsproblemen gegenüberstand, desto herzhafter und verwegener gingen die Großkapitalisten selbst an die Schaffung neuer Wirtschaftsgebilde.... Namentlich die ungeheure Betriebsverflechtung und Kapitalskonzentration des Stinnes-Konzerns erfüllte das Publikum mit staunender Ehrfurcht vor dem Geschäftsgenie seines Inspirators. Und nicht nur die braven Kleinbürger hatten in dem erfolgreichen, gesegneten Industriekapitän ein neues Objekt für ihre Heldenverehrung gefunden, sondern auch manche Sozialdemokraten. Und insofern sicher mit allem Grunde, als man nach Lessing an andern gerade die Eigenschaften bewundert, die man selbst nicht besitzt. Denn Stinnes besaß auf alle Fälle Energie und Wagemut. Er verließ sich nicht gleich so vielen pseudomarxistischen Fatalisten auf die „Entwicklung“, sondern half bei der natürlichen Entwicklung des Kapitalismus äußerst tatkräftig nach. Und die guten „Entwicklungs“-Passivisten schauten mit glänzenden Augen zu und freuten sich der „revolutionären“ Taten, die Stinnes auf wirtschaftlichem Gebiete als wackerer Schrittmacher des Sozialismus vollbringe. Sie dachten vermutlich gar nicht mehr daran, daß ein paar Jahre zuvor ein gewisser Sozialdemokrat sogar Herrn v. Bethmann-Hollweg als großen „Revolutionär“ gefeiert hatte. Auch übersahen sie ganz, daß Kapitalskonzentration und Wirtschaftsverschlingungen nur dann dem Sozialismus nützen, wenn er es versteht, sie durch entschlossene, sachkundige Sozialisierungen der Gemeinwirtschaft dienstbar zu machen. Vor allem aber vergessen sie, daß solche Riesenunternehmungen in der Hand [illegible] und rücksichtsloser Industriekapitäne eine unheimliche Macht darstellen, die ein schlecht [illegible] und schwächlich geleitetes Proletariat vollends mit wirtschaftlicher und geistiger Unterjochung durch die neue Oligarchie bedroht!

Wie weit die Gefahr bereits gediehen ist, beweist der Ende 1921 unternommene Versuch der Schwerindustrie, die Reichseisenbahnen zu entstaatlichen und durch Beteiligung des Privatkapitals in ihre Hand zu bekommen.... Regierung und Parlament haben zwar fürs erste von der Auslieferung der Eisenbahnen an das Privatkapital nichts wissen wollen, aber damit ist die Attacke der Großindustrie noch lange nicht endgültig abgeschlagen. Sollen die Eisenbahnfinanzen überhaupt wieder gesunden, so nützt keine Verwaltungsreorganisation, keine noch so rücksichtslose Tariferhöhung, sondern allein ein entschlossener Schritt zur Sozialisierung hin. Es ist einfach unmöglich, daß in einer Zeit, wo jeder Industriekonzern sich seine Rohstoffbasis zu schaffen sucht, um konkurrenzfähig zu bleiben, wo speziell auch die großen Lokomotivfabriken sich Kohlen- und Eisenbetriebe angegliedert haben, allein die Reichseisenbahn als isoliertes Unternehmen der Auswucherung durch die kapitalistischen Materiallieferanten preisgegeben bleibt. Der vertikale Zusammenschluß von der Urproduktion über die Schienen-, Waggon- und Lokomotivproduktion hinaus bis zu den Transportmitteln muß und wird kommen. Dann gibt es nur kapitalistische Vertrustung oder vertikale Sozialisierung. Die Auslieferung unserer Eisenbahnen an einen privaten Konzern wäre die Krönung der großkapitalistischen Volksausplünderung — folglich bleibt nur die Sozialisierung übrig. Daß aber eine solche Politik dem äußersten Widerstand der hinter der Deutschen Volkspartei stehenden Wirtschaftsgruppe begegnen muß, ist selbstverständlich.

Ein Kompromiß zwischen einer wirklich demokratischen und sozialistischen Partei und der ausgesprochenen Partei des Großkapitals ist deshalb auf die Dauer unmöglich. Der Gedanke, der reaktionären, konterrevolutionären Gefahr dadurch zu begegnen, daß man die Reaktion spaltet, die Schwerindustrie in der Republik domestiziert und durch Entgegenkommen zum Mitbeschützer der demokratischen Freiheiten macht, kann nur reichlich naive Gemüter bezaubern. Die Geldaristokratie wahrt ihre Herren- und Ausbeuterrechte nicht minder eifersüchtig, wie die Aristokratie der Geburt. Sie würde sich deshalb nur dann mit der Demokratie abfinden, wenn diese ihre kapitalistischen Privilegien mindestens ebenso sorglich schirmte, wie der alte Militär- und Polizeistaat. Unter dieser Bedingung wäre die Aussöhnung der Schwerindustrie mit der demokratischen Republik denkbar. Aber auf eine solche Bedingung könnte sich eine sozialistische Partei niemals einlassen, die sich nicht um jeden Kredit und Anhang bei den proletarischen Massen bringen will.

Schon beginnen sich **die verhängnisvollen Folgen der allzu kompromißlerischen Haltung der Sozialdemokratischen Partei** zu zeigen: Auf wirtschaftlichem Gebiete in endlosem Finanzjammer, in unsinnigster Steuerpolitik, fortgesetzter Geldentwertung, in unerträglicher Verteuerung des Lebensunterhaltes; politisch in einer bedenklich wachsenden Erregung der Massen, in elementar losbrechenden Riesenstreiks der Beamten und Arbeiter, in einer abermaligen Radikalisierung dieser Schichten, die wieder den Unabhängigen und Kommunisten Gehör zu schenken beginnen. So droht die Gefahr, daß sich die Vorgänge der verflossenen Jahre in unseligem Kreislaufe wiederholen könnten: Verzweiflungsausbrüche erbitterter Massen, denen dann gewaltsame Niederwerfung und reaktionäre Gegenstöße auf dem Fuße folgen würden. Sozialismus und Demokratie würden dabei neue, entscheidende Niederlagen erleiden.

Die einzige Rettung bleibt **die Abwendung der Rechtssozialisten von der Politik des charakterlosen Kompromisses,** der Verzicht der Linkssozialisten auf die verantwortungslose Agitationsphrase und die Vereinigung beider Teile zu positiver, praktischer Arbeit für Demokratie und Sozialismus!“

Man kann nur aufrichtig wünschen, daß diese Anschauungen Ströbels sich in seiner Partei durchsetzen und daß die proletarischen Elemente in der SPD. endlich die Kraft finden, jene Saboteure der proletarischen Einheitsfront kaltzustellen, die es noch vor Jahr und Tag verstanden haben, einen Ströbel beiseite zu schieben, um den Novembersozialisten, Schieber und Wucherer Dr. Bendiner in den Landtag zu bringen. Bleibt ihr Einfluß der maßgebende in der SPD., dann wird Ströbels mahnende Stimme verhallen, wie die eines Predigers in der Wüste und die geistige Umkehr und Rückkehr zu sozialistisch-proletarischer Politik wird dann im rechtssozialistischen Lager noch lange auf sich warten lassen. Aber die Not der Zeit wird schließlich auch sie erzwingen.

Milliarden für die Wittelsbacher?

In Bayern ist man dabei, ungeheure Werte den Wittelsbachern zuzuschieben. Wie der „Berliner Volkszeitung“ von ihrem Münchener Korrespondenten geschrieben wird, denkt die Regierung Bayerns nicht daran, die Hand auf das in der bayerischen Verfassung als „unveräußerliches Staatsgut“ bezeichnete, in Schlössern, Museen, Forsten und Prachtbauten bestehende Riesenvermögen der Wittelsbacher zu legen. Vielmehr schickt sich die klerikal-monarchistische „Bayerische Volkspartei“ an, diesen Milliardenfonds fast ungeschmälert in die Hände der Wittelsbacher zu spielen, damit von Bayern aus mit erneuter Kraft die Sabotage des großdeutschen Volksstaates fortgesetzt werden kann. Die Staatsdomänen, einschließlich der Schlösser, Residenzen und andere Hofbauten, Archive und Registraturen, die Einrichtungen der Hofkapellen und Hofämter, den Hausschatz, die Sammlungen für Künste und Wissenschaften, darunter die Hof- und Staatsbibliothek, das Münzkabinett, die Alte und Neue Pinakothek, die Glyptothek und das Nationalmuseum. **(Also sämtliche Quellen der Wissenschaft und Kunst sollen dem wittelsbachischen Monopol- und Aufsichtsrecht unterstellt werden!**

Dieser saubere Plan muß von der arbeitenden Bevölkerung Bayerns durchkreuzt werden. Erhalten die Wittelsbacher die Verfügung über diese Milliardenwerte, so werden zweifellos für die gegenrevolutionäre monarchistische Propaganda ungeheure Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Republik darf nicht ihre Hand dazu bieten, daß ihr Boden auf diese Weise unterwühlt wird. Das gewaltige Vermögen, auf das die Wittelsbacher Anspruch erheben, ist nicht von ihrem Geschlecht, sondern von der arbeitenden Bevölkerung erworben. Es gehört dem Freistaat Bayern und nicht den Monarchisten.

Der Bund der deutsch-russischen Reaktion

Es gehört zu den Lieblingsbeschäftigungen unserer im Weltkriege verhauenen Kriegshelden vom Schlage eines Ludendorff, sich dem internationalen Kapital für einen gemeinsamen Kampf unter ihrer (der Ludendorffe) Führung gegen Sowjetrußland anzubieten. Wenn bisher diese Wünsche nicht in Erfüllung gingen, so lag es nicht an den deutschen Generalen, sondern an dem Mißtrauen, das die andere Seite in bezug auf die militärischen Fähigkeiten der geschlagenen deutschen Heerführer und auf das Gelingen der Sache an sich hegte.

Neuerdings ist ja nun in bezug auf die Haltung der Entente oder mindestens einzelner Ententestaaten ein gewisser Wandel eingetreten, wozu nicht zum geringsten Teil der Mißerfolg der Denikin, Koltschak usw. beigetragen haben mag, aber ganz hat das ehemalige Zarengesindel den Plan einer militärischen Intervention noch nicht aufgegeben, wobei ihnen die Balkanstaaten gewissen Vorschub leisten. So wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Bukarest gemeldet, daß der berüchtigte weißgardistische General Wrangel zuerst in Sofia und dann in Belgrad seine Fäden spann und auch von dem serbischen König Alexander in Audienz empfangen wurde. Sowohl in Serbien als in Bulgarien halten sich zahlreiche russische Flüchtlinge auf, die dort von Wrangel und dem General Kutepow militärisch ausgebildet werden und bereits zu einer Armee von 40 000 Mann formiert worden sind. Diese Armee tritt sehr kühn auf, „requiriert“ auf eigene Faust und stiehlt und raubt ganz nach Art unserer Baltikumer, wie sie auch eine eigene Gerichtsbarkeit hat.

Von besonderem Interesse aber ist, was die Belgrader Zeitung „Politika“ über die Zusammenhänge dieser russischen Weißgardisten mit den deutschen reaktionären Militärkreisen schreibt:

„Schon in Odessa hätten, sagt das Blatt, deutsche Agenten für ein **Zusammengehen der äußersten Rechten in Deutschland und Rußland** Propaganda getrieben, und der deutsche General **Hoffmann** sei das Haupt dieser Agitation gewesen. Der russische General Biskupski habe, unterstützt mit Millionen Kronen, 1920 in Ungarn diese Propaganda fortgesetzt, und auf der **Reichenhaller Tagung der Russen** hätten die Generale **Biskupski,** Komissarow und Gregorienko den Auftrag erhalten, in der Krim den General Wrangel für die **deutsch-russische Sache zu gewinnen.** General Wrangel habe aber deren Zureise abgelehnt mit den Worten, daß diese Generale „germanophile (deutschfreundliche) Spione“ seien. In **Berlin** sei inzwischen unter Markow, Trepow Gorskin, **eine germanophile „Zentralpartei“ gegründet worden,** und in Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Athen und den übrigen Hauptstädten Filialen dieser Zentrale. In **Belgrad** habe Ulanenkapitän Andronikow der Sektion vorgestanden; diese Sektion sei überaus aktiv gewesen, habe überall **Ortsgruppen gegründet und sie habe die frühere „germanophobe (deutschfeindliche) Führergruppe“ durch eine germanophile ersetzt mit Paléologue, dem „flammend germanophilen“ General Batjuschkin und mit Skaschinski an der Spitze.** Diesen „Germanophilen“ seien aus Deutschland große Summen zugeflossen, und Ludendorff habe dazu den Auftrag gegeben. Der russische Rittmeister Alexander Pfeil sei ständiger Kurier zwischen Berlin und Belgrad gewesen, und es sei sogar gelungen, „aus der Ortskommandantur Belgrad für den deutschen Generalstab wichtige militärische Daten zu entwenden.“

Diese Angaben bestätigen zum Teil nur, was auch uns bekannt ist. Die Beziehungen zwischen der russischen und deutschen Reaktion waren allezeit sehr innige. Aber nicht nur Berlin, sondern auch München ist Zentralstelle für die Umtriebe gegen die jetzige russische Regierung. Zwar hat die deutsche Regierung mit Rußland einen Vertrag abgeschlossen, aber sie hält es trotzdem für statthaft, daß die russischen Reaktionäre in Deutschland ganz offen Pläne gegen Sowjetrußland schmieden, ja sogar von neutralen Behörden, wie in Bayern, ganz offen begünstigt werden.

Der tapfere Oberstleutnant

Der ehemalige Oberstleutnant v. Stosch meint in der „Kreuzzeitung“, wenn am 9. November alle damaligen Soldaten ihre erste und vornehmste Pflicht erfüllt hätten, wäre das Vaterland nie und nimmer in die traurige Lage gekommen. Das „Berliner Tageblatt“ erinnert daran, daß Herr v. Stosch am 9. November 1918 Abteilungschef im Kriegsministerium gewesen wäre und sich dort **sofort der Revolutionsregierung zur Verfügung gestellt hätte.**

Auszeichnungen gibt es nicht mehr. Sonst könnte der Herr Oberstleutnant für diese hervorragende „Tapferkeit vor dem Feind“ den allerhöchsten Orden beanspruchen.

Ein Täuschungsmanöver

Die bayerische Regierung will gegen den Wucher mit Vorschriften vorgehen, die den Zweck haben, alle unsauberen Elemente dem Handel fernzuhalten. Die Erlaubnis- und Wanderscheine sollen nachgeprüft, und eine neue Ausstellung soll nur den Sachkundigen gegeben werden. Auch die übrigen Länder wollen in dieser Weise den Handel von Schiebern und Wucherern befreien.

Viel wird dabei nicht herauskommen. Das Schiebertum im Handel bekämpft man am besten, wenn man Planmäßigkeit in die Wirtschaft bringt, alle unnötigen Zwischenglieder ausschaltet und den Weg des Produkts vom Produzenten bis zum Verbraucher so kurz wie möglich gestaltet. Dagegen wehren sich aber nicht nur die Händler, sondern auch die meisten Produzenten, insbesondere die Großagrarier und Industriellen, **die allein über die Preise bestimmen wollen,** und die in erster Linie für den Wucher verantwortlich zu machen sind. Und hier sollen die Regierungen nur erst einsetzen. Sie haben aber dieser Tage die Kartoffelumlage abgelehnt und damit zu verstehen gegeben, daß sie gegen den großagrarischen Wucher nichts zu unternehmen gedenken. Wenn die bayerische Regierung jetzt so tut, als ob sie ernstlich dem Wucher auf den Leib rücken will, so täuscht sie nur die Verbraucher.

Die Patrioten als Steuerzahler

Vor dem Steuerzahlen drücken sich die sogenannten Patrioten am meisten, die in der Regel ein großes Maul haben und täglich mit ihrer „Vaterlandsliebe“ prunken. Den Rekord an Steuerscheu haben bisher immer noch unsere Agrarier erreicht. Früher kam es vor, daß der Kutscher des Barons mehr Einkommensteuer zahlte als sein Herr. Was in den letzten Jahren an Steuerhinterziehung auf dem Lande geleistet worden ist, stellt aber alles in den Schatten, was bisher auf diesem Gebiete zu verzeichnen war. Um viele Millionen Mark sind das Reich, die Länder und die Gemeinden direkt betrogen worden. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, einige Beispiele über die ländliche Steuerschande zu liefern.

So wird z. B. in der Provinz Hannover in zahlreichen Kreisen darüber Klage geführt, daß die Bauern von ihrem kultivierten Oed- und Heideland, das jetzt in vielen Fällen ihr bestes Land sei, **immer noch nur wenige Mark Steuern entrichteten,** weil diese Ländereien in den Verzeichnissen der Katasterämter noch nicht umgeschrieben sind und immer noch als Oedland versteuert werden. Dagegen müßten die Kleinbauern und Pächter jedes Fleckchen Land, das sie kultivieren, sofort genau angeben und würden dann auch mit dem vollen Ertragswerte herangezogen und vielfach noch mit höheren Reinerträgen abgeschätzt als die großen Landwirte

Verlangt wird eine neue Betriebs- und Gewerbezählung und die Steuer nach dem gemeinen Wert. Wir meinen bis zu einer neuen Zählung der Betriebe könnten die Finanzämter doch die erforderlichen Feststellungen auf dem Lande machen. Sie haben ja Zeit, jedem Pfennig nachzugehen, den die Dienstboten, die Kleinbauern, die Arbeiter, die kleinen Gewerbetreibenden verdienen. **Nur die Gehöfte der reichen Bauern finden sie nicht!!!**

Im Zeichen der Autorität

In der „demokratischen“ Republik bemüht man sich ganz wie in der wilhelminischen Periode, die Autorität zu wahren. Geriet da, wie die „Berliner Volkszeitung“ meldet, ein Betriebsrat des Hauptversorgungsamts Groß-Berlin in große Erregung, als er vernahm, daß man seine Speseliquidationen nachgeprüft habe, weil er in — unberechtigtem — Verdacht stand, Spesen doppelt berechnet zu haben. Er glaubte, die Nachkontrolle auf die Initiative eines Regierungsassessors zurückführen zu müssen und gab seiner Entrüstung einem anderen Beamten gegenüber Ausdruck, indem er den Assessor „Lump“ und „Schuft“ nannte. Er wurde wegen **schwerer Beamtenbeleidigung zu 1000 M. Geldstrafe** verurteilt.

Dieses Urteil ist gefällt von Richtern, die noch ganz erfüllt sind vom Geist der Autorität, und die ihn aufrechterhalten möchten.

An die Stelle des verstorbenen Abgeordneten Otto Hue tritt der Gewerkschaftssekretär Carl Spiegel in Bielefeld in den Reichstag ein.

Reparationen und Arbeitslosigkeit

Eine Denkschrift des Arbeitsministeriums für Genua.

Im Reichsarbeitsministerium ist eine ausführliche Denkschrift über die Arbeitslosigkeit ausgearbeitet worden, die der Konferenz in Genua vorgelegt werden soll. **Die Zahl der Arbeitslosen wird darin allein für Europa auf vier Millionen angegeben.** Einschließlich der unterhaltungsberechtigten Familienangehörigen schwillt diese Zahl auf ungefähr 20 Millionen Menschen an. An **Erwerbslosenunterstützung seien im Jahre 1921 rund 10 Milliarden, in der Zeit seit dem Waffenstillstand rund 25 Milliarden Goldfrancs verausgabt.** Der Lohnausfall wird für 1921 auf 25, für die Zeit seit Kriegsende auf 60 Milliarden geschätzt, der **Ausfall an Gütererzeugung für 1921 auf 37, seit dem Waffenstillstand auf 100 Milliarden Goldfrancs.** Das ist das Dreifache des deutschen Volkseinkommens seit Kriegsende und **das Dreißigfache der jährlichen Reparationsschuld Deutschlands.**

Die Denkschrift weist sodann darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit die Keime immer weiterer Ausbreitung in sich trage. Denn jeder Arbeitslose ginge dem Warenmarkt als Käufer verloren, wodurch die Produktion schließlich noch mehr eingeschränkt werden mußte.

Alle Abwehrmaßnahmen seinen ungenügend, da der Kern des Problems in der Valutafrage liege, mit der das Erwerbsproblem letzten Endes identisch sei. Die Hochvaluta eines Landes schwäche seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte und mache seine Waren für die Länder mit niedriger Valuta unerschwinglich. Daher seien auch die Abwehrmaßnahmen gegen das Dumping ohne entscheidenden Nutzen. Nur die Lösung der Valutafrage könne den Selbstmord der Menschheit aufhalten.

Erzberger-Mordprozeß

Der Gerichtsort steht noch nicht fest

Die „Germania" meldet:

In der am 8. Mai beginnenden Schwurgerichtsperiode wird gegen Kapitänleutnant Killinger, in dessen Wohnung die Koffer der beiden Mörder Erzbergers gefunden wurden, wegen Beihilfe zur Ermordung Erzbergers verhandelt werden. Killinger befindet sich in Offenburg in Untersuchungshaft. Die Anklageschrift umfaßt 150 Schreibmaschinenseiten; der Prozeß dürfte etwa 10 bis 14 Tage in Anspruch nehmen.

Der Prozeß wegen Hochverrats, der gegen Killinger und andere Mitglieder der Münchener Geheimorganisation C. angestrengt werden soll, wird entsprechend einer Entscheidung des Reichsgerichts von der Anklage wegen Beihilfe zur Ermordung Erzbergers abgetrennt. Es steht noch nicht fest, vor welchem Gericht der Hochverratsprozeß verhandelt werden wird.

Wir können nur noch einmal wiederholen, daß die Arbeiterschaft in einer Verhandlung vor bayerischen Gerichten den Versuch erblicken würde, auch diesen Prozeß zum Besten der Orgesch zu verschleppen.

Teuerung und USPD.

Die Parteileitung der USPD. München ruft die Arbeiter zum Kampf gegen die Teuerung auf. Sie führt in ihrem Aufruf aus:

„Bauern dürfen ihr Getreide, welches sie zu einer Zeit ernteten, als der Zentner auf 115 Mark stand, jetzt um 950 und mehr Mark verkaufen, obgleich sie inzwischen an den Gestehungskosten nicht das geringste geändert hat. Fleisch darf das Pfund um 40—60 Mark verkauft werden, obgleich die Schlachttiere mit dem Futter der vorjährigen Ernte gefüttert wurden, an dessen Gestehungskosten sich ebenfalls nichts geändert hat. Der Umsatz der Reiffeisenvereine und bäuerlichen Darlehnskassen betrug im Geschäftsjahr 1919—20 70 Milliarden und stieg 1920—21 auf 139,9 Milliarden Mark.

Der für jedermann sichtbare Betrug darf als Regel betrieben werden — und **dies unter den Augen des Staates und seiner Organe** . . .

Formuliert die nächsten Aufgaben auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu gemeinsamen Kampfzielen der nächsten Zeit. Die Ernährungspolitik nimmt immer mehr einen bedrohlichen Charakter an, **die freie Wirtschaft eilt mit Riesenschritten ihrem Bankrott entgegen.**

Die Lebenshaltung der Massen kann nur durch eine geregelte Wirtschaft gesichert werden, die der Profitgier der Erzeuger Schranken setzt. In diesem Kampfe darf niemand beiseite stehen."

Die Arbeiterklasse muß, wenn sie nicht im Elend verkommen will, in den schärfsten Kampf gegen den Wucher mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs treten.

Die Preisdiktatur der Textilindustrie

In der Teuerungskurve überragen die Textilwaren bei weitem alle übrigen Warenkathegorien. Diese Erscheinung findet in der Tatsache, daß die Rohmaterialien fast ausschließlich vom Auslande herrühren, keine erschöpfende Erklärung. Das trifft auch für eine Reihe anderer Warengattungen zu, deren Teuerungskurve aber dennoch weit hinter jener der Textilwaren zurückliegt. Die letzte Erklärung geben vielmehr die Uebergewinne, die wie keine andere die Textilindustrie zu einem wahren System ausgebaut hat und für das uns jeder Abschluß eines Textilunternehmens neue Beweise liefert. So ist es auch kein Zufall, daß die Ausgabe von Genußscheinen an die Aktionäre — neben einer ansehnlichen Dividende — gerade bei der deutschen Textilindustrie zur üblichsten und übelsten Gepflogenheit geworden ist. Warum dies? Wir sind in der angenehmen Lage, hierfür die sicher unverdächtige Erklärung des „Berliner Tageblatts" anzuführen. In diesem schreibt Dr. Arthur Heichen:

„Man sieht es manchen Textilbilanzen auf den ersten Blick an, wie sehr es der Verwaltung Kopfzerbrechen verursacht hat, die Gewinne über die einzelnen Abschlußziffern so zu verteilen, daß das Dividendenventil nicht allzu weithin sichtbarlich geöffnet werden brauchte. Und Scheingewinne etwa als Resultat „falscher Bilanzierungsmethoden", wie die heute oft recht unkritisch angewandte Formel nunmehr lautet, sind es im Bereich der Textilaktiengesellschaften wohl nur zum kleineren Teil, für deren Unterbringung man Sorge zu treffen hat."

Woher fließen also diese sehr realen Gewinne? Auch hierauf gibt Heichen die Antwort. Zunächst ist die Textilindustrie durch die Valutagewinne besonders begünstigt. Daneben aber versteht sie es auch und ist rücksichtslos genug, die niedrigen im Inlande bezahlten Löhne, wie überhaupt die verhältnismäßig geringen Produktionskosten bis zur äußersten Grenze auszunützen und in die Taschen der Aktionäre fließen zu lassen. „Ihre kalkulatorische Psyche geht," so meint Heichen, — „mit einem Wort gesprochen — im gesamten Kalkulationsschema auf Goldvaluta." Das heißt sie begreift, auch die Papiermarklöhne in ihre Berechnungen als Goldmarklöhne ein. Das ist der deutschen Textilindustrie möglich, weil nicht nur im Inlande der Begehr nach ihren Produkten ein außerordentlich starker und dringender und darum an keine Kaufkraftgrenzen gebundener ist, sondern weil auch das Regulativ der Konkurrenz vom Auslande fehlt. Wir stehen also einer wahren Preisdiktatur der deutschen Textilindustriellen gegenüber, die auch vom „Berliner Tageblatt" rückhaltlos zugegeben wird.

Die sich aus dieser diktatorischen Monopolstellung der Textilindustrie ergebende besondere Rentabilität drückt sich nicht nur in den Dividenden und der Höhe der zur Ausgabe gelangenden Genußscheine aus, sondern sie spiegelt sich auch in der Indexkurve der Aktienkurse dieser Industrie. Auch diese Tatsache wird vom „Berliner Tageblatt" in einer vergleichenden Gegenüberstellung mit den Indexkurven und der Bankaktion sinnfällig festgehalten. Stand der durchschnittliche Kurs der Bankaktien am 30. März beispielsweise auf etwa 200 Proz. und der durchschnittliche Kurs aller Aktienwerte auf etwa 350 Proz., so der durchschnittliche Kurs der Textilaktien auf etwa 460 Proz. Damit läßt der Textilaktienindex alle übrigen Branchenindexziffern weit hinter sich. Erst in ziemlich weitem Abstand folgen die Aktienkurse der Maschinen-, Bau- und Metallindustrie.

300 Prozent Mietszuschlag

Wohnungswucher – Mietssteuer und Reichsmietengesetz

lautet das Thema, über das Reichstagsabgeordneter **Bernhard Kuhnt** in

öffentlicher Versammlung

heute abend 7 Uhr in den

Germania-Sälen, Chausseestraße 110

spricht.

Freie Aussprache.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USP.

Die preußische Klassenjustiz

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages wurde bei der Behandlung des Justizetats sowohl von unserer Seite als auch von Seiten der Kommunisten und der Rechtssozialisten scharfe Kritik an der Justiz geübt. Genosse Obuch (U. S. P.) richtet die **heftigsten Angriffe gegen die preußische Rechtsprechung** und führte zahlreiche Einzelfälle über **Klassenjustiz** an, wie er auch die **Praxis der** Gerichte bei der bedingten Begnadigung geißelte. In die gleiche Kerbe schlug Frau Wolfstein (Kom.) und Kuttner (S. P. D.) und Heilmann (S. P. D.). Heilmann erwähnte unter anderm, daß der Personalreferent im Justizministerium für die Provinzen Brandenburg und Pommern, die gleichzeitig auch das Dezernat der Staatsanwaltschaften innehat, Vorsitzender der deutschnationalen Parteiorganisation in Berlin ist. Selbst der Demokrat Berndt mußte zugeben, daß die Kritik an der Justiz in politischen Prozessen berechtigt ist.

Tagung des Völkerbundes

(EP.) **Genf**, 25. April.

Die nächste öffentliche Tagung des Völkerbundes wird voraussichtlich am 10. Mai in Genua beginnen. Auf der Tagesordnung des Rates, der möglicherweise bereits zu einigen Resolutionen der Konferenz von Cannes wird Stellung nehmen müssen, werden u. a. verschiedene Fragen des Schutzes der Minderheiten und der freien Stadt Danzig stehen. Weiter wird der Rat wahrscheinlich den Präsidenten für die gemischte Kommission für Oberschlesien ernennen.

Die Umwandlung der alliierten Militärkontrolle

(DA.) **Paris**, 25. April.

Wie in politischen Kreisen verlautet, steht die Umwandlung der alliierten Militärkontrolle bereits unmittelbar bevor. Die Kontrolle soll den diplomatischen Vertretungen der Entente übertragen werden, und zwar den Militärattachees, denen man spezielle Organe zuteilen will. Die Kommissionen sollen aufgelöst werden, und nur eine Zentralstelle soll bestehen bleiben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Zentralstelle unter Leitung des Generals Nollet verbleiben wird.

Der Vertrag mit Rußland von England anerkannt

(DA.) **Paris**, 25. April.

Nach dem „Temps" veröffentlicht das Reuter-Büro folgende offiziöse Auslassung aus Genua: Die britische These geht dahin, daß der deutsch-russische Vertrag den Versailler Vertrag nicht berührt und daß es im freien Ermessen der Sowjetregierung steht, mit Deutschland Abkommen zu schließen, soweit sie Teile Rußlands betreffen, die unter der Herrschaft der Sowjets stehen. Dagegen ist der deutsch-russische Vertrag nicht anwendbar auf Länder, die, wie Polen, ehemals zum Russischen Reich gehörten und heute weder de facto noch de jure die Autorität der Sowjetregierung anerkennen.

Aus Horthy-Ungarn

(Intel.) **Budapest**, 25. April.

Eine Verordnung des ungarischen Innenministers verbietet die Veranstaltung von Kundgebungen der Arbeiter am 1. Mai und an den vorhergehenden und nachfolgenden Tagen. **Das Verbot wird damit begründet, daß die Maifeiern internationale Zwecke verfolgen und im Gegensatz zu den Interessen der ungarischen Nation stünden.**

Obwohl der Termin der Wahlen noch immer nicht bekannt ist, hat der Wahlkampf bereits große Schärfe angenommen. Nicht weniger als 19 Parteien haben Kandidaten aufgestellt. In einer Wahlversammlung in einem Budapester Bezirk, in der der Unterrichtsminister Vas sprach, kam es zu großen Skandalszenen, da in der Versammlung zahlreiche Anhänger der Oppositionsparteien vertreten waren. Gendarmerie griff mit Bajonetten ein. Zahlreiche Versammlungsteilnehmer haben Verletzungen davongetragen.

Das angeblich geplante Attentat auf die russische Delegation in Genua ist noch nicht geklärt worden. Die italienischen Behörden bewahren strengstes Stillschweigen, doch scheint sich bei den fünf Verhafteten belastendes Material gefunden zu haben. Die Nachricht, daß sich der Antibolschewist Saninkow unter den Verhafteten befinde, sind von der Genueser Polizei dementiert.

Deutschland und Georgien. Zu den von verschiedenen Blättern gemeldeten Deutschen-Ausweisungen in Georgien erfährt die „Dena" von unterrichteter Seite, daß tatsächlich der deutsche Wahlkonsul in Batum ausgewiesen worden ist. Weitere Deutschen-Ausweisungen sind aber nicht erfolgt.

Tumult in der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister beschimpft unsere Fraktion. — Die Vorlage des Magistrats geht an einen Ausschuß. Ablehnung der Maifeier.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordneten kam es bei der Beratung über die Erhöhung der Werkstarife zu Tumulten, wie sie die Berliner Stadtverordnetenversammlung noch nicht gesehen hat. Ueber die Sitzung selbst werden wir ausführlich in der Abendausgabe berichten.

Nach Erledigung anderer Tagesordnungspunkte, u. a. auch der Ablehnung des Antrages auf Arbeitsruhe am 1. Mai, begründete Genosse Dr. Weyl folgen- unserer Fraktion:

„Der Magistrat wird ersucht, dem Schiedsspruch vom 14. April 1922 zuzustimmen und die sich daraus ergebenden Löhne baldmöglichst zur Abstimmung zu bringen. Im übrigen beschließt die Stadtverordnetenversammlung, unverzüglich eine eingehende Prüfung der Vorlage in einem dafür einzusetzenden Ausschuß vorzunehmen."

Nach ihm ergriff der Stadtkämmerer Dr. **Karding** das Wort zur Begründung der Magistratsvorlage und schloß seine Ausführungen mit den Worten, daß von der einen oder der anderen Seite in der Stadtverordnetenversammlung nur geredet werde **aus bloßer Freude an der Opposition.** Diese Worte riefen bei der Linken eine ungeheure Erregung hervor, während die Bürgerlichen dem Stadtkämmerer lebhaften Beifall zollten. Genosse Dr. Weyl wendete sich in lebhafter Weise gegen Dr. Karding. Der Oberbürgermeister hielt es für richtig, sich in diese Auseinandersetzungen einzumischen, indem er fortwährend mit der Faust auf den Tisch schlug und unsere Fraktion als

verantwortungslose Gesellen

bezeichnete. Diese unerhörte Beschimpfung quittierte Genosse Dr. Koelitz mit den Worten: „Und Sie sind ein unverschämter Lümmel!"

Nachdem bekanntgegeben worden war, daß die Bürgerlichen einen Schlußantrag eingebracht hatten, was einer Mundtotmachung großer Fraktionen gleichkam, steigerte sich die Erregung bei der Linken abermals.

Vorsteher Dr. Kaspari ergriff das Wort und erklärte, daß er erfahren habe, daß Dr. Koelitz dem Oberbürgermeister „Lümmel" zugerufen habe. Die weiteren Ausführungen des Vorstehers gingen in einem unerhörten Lärme der Rechten unter, die mit erhobenen Fäusten und unter lebhaften „Rausrufen" gegen Genossen Dr. Koelitz vorgingen. Da einige Bürgerliche Gen. Dr. Koelitz anfaßten, kam es vor der Rednertribüne wiederholt zu Tätlichkeiten.

Nach einer viertelstündigen großen Aufregung im Saale gelang es dem Vorsteher, Ruhe zu schaffen, und nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag auf Schluß der Diskussion mit 121 gegen 54 Stimmen angenommen. Gegen 11 Uhr beschloß in namentlicher Abstimmung die Versammlung die **Ueberweisung der gesamten Magistratsvorlage an einen Ausschuß.**

Aus der Partei

Bezirkskonferenz Chemnitz-Erzgebirge.

Am Sonntag, den 23. April, tagte im Chemnitzer Volkshaus eine sehr stark beschickte Konferenz unseres Parteibezirks für Chemnitz und das Erzgebirge. Nach einem Referat des Genossen Künstler von der Zentralleitung über die politische Lage und die Aufgaben der USPD. wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 23. April für den Bezirk Chemnitz tagende Bezirkskonferenz stellt sich nach dem eingehenden Referat und Aussprache auf den Standpunkt, daß die Taktik unserer Partei getragen sein muß von der Notwendigkeit des Klassenkampfes. Jede Verschwommenheit führt nur zur Unklarheit und Verwirrung der Massen und muß deshalb vermieden werden.

Die Bezirkskonferenz verurteilt die Koalitionspolitik der SPD. mit bürgerlichen Parteien, da diese den Sozialismus in seiner Entwicklung hemmt und der Einigung des Proletariats hindernd entgegensteht.

Der von unserer Partei und der IASP. unternommene Schritt zur Schaffung der ersten Internationalen Sozialistenkonferenz in Berlin wird als erste Verständigung zur Herbeiführung einer proletarischen Einheitsfront begrüßt.

Die Bezirkskonferenz erwartet von unserer Landtags- und auch von der Reichstagsfraktion, daß die Taktik der USPD. den Geist des in Leipzig angenommenen Manifestes tragen muß."

Der Sekretär, Genosse Dernburg, konnte in seinem Geschäftsbericht mitteilen, daß die USPD. in dem sehr schwierigen Chemnitzer Bezirk im letzten Jahr große Fortschritte gemacht hat. Das trifft insbesondere auf den Ausbau unserer Organisation, wie auch auf den Mitgliederzuwachs zu. Mit Mehrheit wurde eine **Beitragserhöhung ab 1. Mai für Männer auf 12 M. und für weibliche Mitglieder auf 6 M. beschlossen.**

Bei **Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden** ist

San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe seit 100 Jahren

ein bestbewährtes u. schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 17.50 u. 34 — M. überall erhältlich

Elefanten-Apotheke, Berlin SW. Leipziger Str. 74

Wieder eine Reihe billiger Angebote.

Echt Lackkappe
ganz kurze, allerliebste Passon

19850

Da wir z. T. noch altes Lager haben, bringen wir unserer werten Kundschaft wieder eine Reihe billiger Angebote, so daß es jedem trotz der enormen Preissteigerung noch möglich ist, sich für billiges Geld ein Paar hübsche Schuhe bei uns zu beschaffen.
Besichtigen Sie unsere 11 Schaufenster.

Verkaufszeit 8½—7.

25800

Echt Rindbox mit Chromleder-Einsatz. Orig. Mac-cay (Größe 40—45)

Leinen-Spangenschuhe sowie **Leinenstiefel** beides für Damen, mit Ledersohlen und hohem Absatz **39-**

Spangenschuhe schwarz Leder, moderne Form, hoher Absatz . . . 198, 289. **148-**

Lack-Spangenschuhe darunter auch Schnürschuhe, beides mod., schicke Form., z. T. m. klein. Fehl. **198-**

Lack-Pumps feine ausgeschnittene Gesellschaftsschuhe 325. **298-**

Lack-Spangenschuhe mit 1 oder 2 Spang. sowie mit Riemchen, z. T. mit kleinen Fehlern 398. **298-**

Braun echt Chevreau besonders schicke kurze Form . . . **398-**

Schnürschuhe mit echter Lackkappe 238, 298, **198-**

Feinfeine Modeschlager in braun u. grau Wildleder sowie Lack- und Chevreauleder mit Lasche, Spange oder zum Schnüren mit Louis-XV.- od. halbhohem Absatz, moderuste Formen in großer Auswahl billig, ca. 25 Sorten.

Alleinverkauf der berühmten Dr. Samter-Stiefel.

Sandalen, kräftiges Rindleder, Gr. 31—34 **59.—** 27—30 **53-**

Braune Rindleder-Sandalen in den Größen 25—46 billig

Turnschuhe, vorschriftsmäßig, mit Cromspaltledersohlen, 27—30 14.50, 25—26 **12**50

Billige Kinder-Stiefel

Braun Spaltleder, teils Doppelsohlen, Absätze m. Eisenbeschlag, sehr haltbar, breite Form 31—33 **99.—**, 27—30 **95-**

Schwarz Boxleder, sehr haltbar, schön u. eleg. 31—35 **169**— 27—30 **159-**

Braun Naturleder, sehr hübsche, haltbare Stiefel 36—39 **259.—**, 31—33 **198.—** 27—30 **189-**

Damenstiefel Ross-Chevreau, mit Derbyschnitt, sehr guter, haltbarer Stiefel **198**50

Ganz besonders hoher Schaft, sehr schicke Sachen **298-, 398-**

Herren-Stiefel

Genarbt Spaltleder, sehr kräftig, Gr. 36-39, für junge Herren . . **169-**

Kräftiger Naturleder-Arbeitsstiefel teils mit Doppelsohlen u. Nagelbeschlag . . . **298-**

Echt Rindbox od. R'chevreau moderne, breite Form . . **358-**

Orig. Goodyear-Welt, echt Chevreau, sehr feiner Stiefel, bewährtes Fabrikat . . . **498**50

Braun-Halbschuhe u. Stiefel, echt Boxcalf und Chevreau, allerneueste spitze und runde Fassons.

Fußballstiefel, braun oder Cromleder, sehr gutes Fabrikat. **298-**

Feinfeine Luxussachen,
braun und schwarz, Boxcalf und Chevreau sowie Lack mit und ohne moderne Stoffeinsätze, die neue spitze oder runde Form, in großer Auswahl **billig,** ca. 20 Sorten.

Ein großer Teil besonders billiger Angebote kann hier wegen Platzmangels nicht aufgeführt werden!

Grossdetail-Schuh-Lokal Behrndt

Münzstraße 25
Untergrundbahnhof Alexanderplatz
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Käthchen von Heilbronn**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Heuchler**

Staats-Theater Opernhaus 6½ Uhr: **Tannhäuser**
Schauspielhaus 7½ Uhr: **Journalisten**

Deutsches Theater 7½ Uhr: Cyrano von Bergerac

Kammerspiele 7½ Uhr **Der Meister**

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Judith**

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** 7.30 Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeist. Kreisler

Komödienhaus: Tgl. 7.30 **„Gretchen"** *Glässner, Roberts*

Berliner Theater 7.0 Uhr: **Madame Flirt**

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr **Verliebte Leute**

ROTTER-BÜHNEN Täglich 7½ Uhr:
Residenz-Theater Eine Frau ohne Bedeutung
Trianon-Theater DER VULKAN
Kleines Theater Das kleine Schokoladenmädchen

SCALA Tägl. 8 Uhr **Internat. Varieté**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: **Heirat auf Probe**

Wallner-Theater 7½ Uhr: **D. beiden Nachtigallen**

7½ **Casino-Theater** 7½ Der neue Schlager **Der Neffe aus Afrika.**

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Gasthaus zur Liebe**

Apollotheater Friedrichstr. 218 8 Uhr: **„Venus auf Erden"** Vorher: Große Varieté-Attraktionen.

CIRCUS BUSCH Tägl. 7½, Sonntg. u. 3Uhr **Am Freitag!** Versuch der **Mexikan. Szeny** sich aus **10fach Polizeifessel** zu befreien! **120 Polizeibeamte** aus Berlin werden diese gewaltige Leistung des Ausbrecherkönigs überwachen. Außerdem: Zirkus-Sensation **Störtebeker** der Seeräuber

Palast Lichtspiele **Potsdamer Str. 19** Ecke Margaretenstrasse
Uraufführung: Krawattenmacher **Die Wucherer von Berlin** Regie: Emil Justitz. Vorstellungen: Werkt. 6½ u. 8½ Uhr Stg. 4½, 6½ u. 8½ U.

Reines Gesicht Warzen mit Haaren, Leberflecke u. Mäler beseitigt unter voller Garantie auch **Tätowierungen** jeder Art, auch die tiefgestochenen, selbst in d. Schleimhäuten liegenden werden unt. voll. unfehlb. Garantie **entfernt.** Kein Versand od. Verkauf v. Schmiermitteln. Tägl 10-6 Stg. 10—12 (Mittw. geschlossen). **Cußler,** Prakt. d. Chirurgie **Berlin,** Schlegelstraße 10, Nähe Stettiner Bahnhof.

Spezialarzt Dr. Jaffé für Haut-, Harn-, Geschlechts-Frauenleiden; Syphilis-Kuren, Blutuntersuch. In der Heil-Anst. „Löser" **Dir. O. Löser** Münzstr. 9, nahe Alex.-Platz, 9-1, 4-8 Stg. 10-12. Dam. sep.

Geschlechtskranke! Spez.-Arzt Dr. Dammanns Heilanstalten. Sprechstund. täglich 9—12, 2—7, Sonntags 10—12. Telefon Norden 104 u. Lützow 153 Potsdamer Straße 123 b.

Spezial-Arzt Dr. Scotti für Haut- und Geschlechtsleiden Syphilis-Salvarsan-Kuren ohne Quecksilber. Veraltete Harnleiden. Schwäche. Blitzende Erfolge. Blutuntersuchung. Im Ateliers „Löser"-Institut. **Dir.: Löser senior** 9-1, 4-8 Sonntags 9-1 Rosenthalerstr. 69-70 n. Platz. Damenzimmer separat.

Geschlechtsleiden
jeder Art Syphilis, Harnröhren-Ausflüsse, Hautausschläge, Wunden, Geschwüre, frisch und veraltet, bei Männern und Frauen, werden schnell und gründlich mit gutem, dauerndem Erfolge nach erprobter und wissenschaftlich anerkannter Heilmethode behandelt speziell mit elektro-physikalischem Licht- und Naturheilverfahren usw. — Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt. Sprech- und Behandlungszeit: 9—1, 4—7½. Sonntags und Feiertags: 9—1.
Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren!
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt
approbiert im Auslande, von der deutschen Regierung anerkannt.
Berlin SO 16, Brückenstrasse 10 b, am Bahnhof Jannowitzbrücke.
3 jähr. Praxis

Der Mord an Liebknecht und Luxemburg Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten **Preis 12.— M.** Buchhandlung **„Freiheit"** C. 2, Breite Str. 8-9

Deutsche Liga f. Menschenrechte
Versammlung
Neue Welt, 27. April 8 Uhr
„Deutsche Justiz?!"
von Gerlach und andere Redner.
Gewerkschaftsmitglieder 2 Mk.

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.
Ordentl. Ausschußsitzung
der Vertreter der Kassenmitglieder und der Innungsmitglieder am 8. Mai 1922, abends pünktlich 6 Uhr, im Holzarbeiter-Verbandshaus, Rungestraße 30, Seitenflügel, parterre, im Sitzungssaal.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Abnahme der Jahresrechnung 1921 und Bericht des Rechnungsausschusses.
3. Satzungsänderungen.
4. Beschlußfassung über die Zuschüsse für das Verbandskrankenhaus Lankwitz und den von der Stadt Berlin zu schaffenden Spielplätzen.
5. Verschiedenes.
Der Vorstand
Otto Braun, Vorsitzender. W. Lindemann, Schriftführer.

Briefwechsel zwisch. Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 8.— Mk. Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schleifer
Karl Scheithe
Neukölln, Elbestr. 16
am 13. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 29. 4. 22., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Baumschulenweg, Kiefholz-tr. aus statt.
Der Arbeiter
Wilhelm Dreyer
Wöhlertstr. 14
Die Einäscherung findet am Montag den 1. 5. 22., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung

Achtung! Noch sehr preiswert **Achtung!**
Oberhemden, Leinenwäsche, Sportwäsche, Einsetz- und Normalhemden
Strumpf- u. Wollwaren, moderne Krawatten
Spez.: **Dauerwäsche**
J. Altberg Neukölln, Bergstr. 155 Fil.: Berlin, Oranienstr. 199

Maifeier! Künstliche rote Nelken mit Nadel, prachtvolle Ware, das Tausend nur M. 298.— ab Swinemünde solange Vorrat. Eilt! Muster gegen M. 1,60 franko. **Wilhelm Gundlach,** Swinemünde, Schließfach 66.

Metall kauf zahlt Os en. Grün. Weg 30 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Spez.-Beh. nur für **Ischias** i. Hüft., Gelenk u. Bein. Da schm. Fälle in 15 Tag. befeit. w. Beruf. unanmeld. Heilerf. bestät. u. Referenz. Invalidenstr. 106, von 9—3. **Jacoby**

Altmetalle unüberbietbare Preise zahlt Badstr. 34, Hof.

Zeißfeldstecher 6-und 8fach, kauft ständig M. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9280)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Donnerstag, den 27. April, abds. 6 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Schnitt- und Knopfarbeiter, Stanzer, Presser, Zuschneider und Arbeiterinnen in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16-17.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahl der Branchenkommission.
3. Branchenangelegenheiten.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Donnerstag, den 27. April 192.. nachmittags 4½ Uhr:
Branchen-Versammlung
der Zigaretten-Maschinenführer und Betriebshandwerker in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission.
2. Branchen- und Betriebsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Buch und Karte berechtigen zum Eintritt. Die Ortsverwaltung.

Groß-Berlin

An unsere Leser!

Der Wucher mit Kohle, Papier, Farbe und sonstigen Rohstoffen und Materialien zwingt die Zeitungen zu fortgesetzter Steigerung ihrer Bezugspreise. Ja die Existenz mancher Zeitungsunternehmungen ist direkt dadurch bedroht. Vor allem die sozialistische Arbeiterpresse hat schwer unter diesen Erscheinungen zu leiden. Bereits haben hier und da solche Blätter ihr Erscheinen einstellen müssen, weil es nicht mehr möglich war, das Unternehmen aufrechtzuerhalten. Im Reichstage hat kürzlich der Reichstagspräsident Löbe einen gemeinsamen Antrag aller Parteien begründet, der die Regierung dringend auffordert, durch geeignete Maßnahmen zu verhindern, daß die schwere Existenzgefährdung der deutschen Presse fortdauert. Die Regierung hat das auch versprochen, aber statt der Presse zu helfen, bürdet sie ihr neue Lasten auf, wie das in der Erhöhung der Zeitungs-Postgebühren beabsichtigt ist.

Das Großkapital kauft jetzt eine Zeitung nach der anderen auf und stellt sie in seinen Dienst. Für die Stinnes und Genossen, die das Volk durch ihre Monopolpreise ausplündern, spielen die Summen für die Herausgabe von Zeitungen keine Rolle, das sind für sie Trinkgelder. Das Proletariat dagegen vermag in der allgemeinen Teuerung kaum die Beträge aufzubringen, die für die Erhaltung seiner Zeitungen notwendig sind.

Auch die „Freiheit“ steht jetzt wieder vor der Frage, wie sie die wiederum enorm gestiegenen Produktionskosten ausgleichen soll. Sollen die Selbstkosten gedeckt werden, so bedingt das eine Erhöhung des Abonnementspreises auf etwa 45—50 Mark pro Monat. Eine solche Steigerung des Preises bedeutet für den Arbeiter, auf den die Teuerung von allen Seiten einstürmt, immerhin eine fühlbare Belastung. Deshalb ist in den Beratungen, die über diese Frage stattgefunden haben, jetzt der schon längere Zeit sowohl beim „Vorwärts“ und bei der „Roten Fahne“ wie bei der „Freiheit“ ventilierte Gedanke in den Vordergrund getreten, statt der Erhöhung des Abonnementspreises das Nachmittagsblatt einzustellen und dafür das Morgenblatt verstärkt erscheinen zu lassen. Die maßgebenden Instanzen für die „Freiheit“ und die Berliner Parteileitung haben sich entschlossen, vom 1. Mai dieses Jahres ab so zu verfahren. Sie haben sich dabei auch von der Erfahrung leiten lassen, daß Arbeiter, die im Betriebe stehen und ihre freie Zeit im Interesse der Arbeiterbewegung verwenden, oft kaum die Zeit finden, zwei Ausgaben ihres Blattes täglich lesen zu können.

Unseren Lesern wird die beschlossene Lösung sicher lieber sein als eine Erhöhung des Abonnementspreises auf etwa 45 bis 50 M. Wir wissen, daß die maßgebenden Instanzen beim „Vorwärts“ und der „Roten Fahne“ sich mit derselben Frage auch jetzt wieder ernsthaft beschäftigt haben, aber die leidige Konkurrenzfurcht hat es bei ihnen noch zu keinen Entschlüssen kommen lassen. Wie lange noch, ist eine andere Frage.

Wir sind überzeugt, daß unsere Parteigenossen und Leser unserem Blatte die Treue wahren werden, damit es den Kampf gegen die Wucherer und Schieber, die dem Volke den Lebensunterhalt so unerschwinglich verteuern, mit verstärkter Wucht weiter führen, damit die Stimme des grundsatztreuen unabhängigen Sozialismus dem Proletariat in den kommenden Kämpfen die Wege zeigen kann.

Fürsorgestelle für Lungenkranke Am Montag, den 1. Mai 1922, wird im Verwaltungsbezirk Lichtenberg, anschließend die Ortsteile Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn, Hellersdorf und Wuhlgarten, eine zentrale Fürsorgestelle für Lungenkranke im Hause Wilhelmstraße 86, Lichtenberg, eingerichtet. Die beiden bisherigen Fürsorgestellen Lichtenberg, Rathausstr. 17 und Friedrichsfelde, Berliner Str. 45, werden deshalb am Freitag, 28. April, geschlossen. Die neue Fürsorgestelle ist, außer Sonntags, bis auf weiteres täglich von 7½ bis 3½ Uhr geöffnet. Hilfesuchenden lungenkranken Personen wird kostenlos Rat und Auskunft erteilt. Die Sprechstunden des Fürsorgearztes sind in der Fürsorgestelle zu erfragen.

Die bedrohte Volkshochschule

Eine Kulturtat des Berliner Magistrats.

In Deutschland besitzt man ein gewisses Geschick, kulturellen Volksbesitz zu gefährden oder zu vernichten. Die Not der Presse, der geistigen Arbeiter, der schaffenden Künstler hat längst den kritischen Punkt einer bloßen Volksgefahr überschritten.

Hinter der allgemeinen durchschnittsbürgerlichen Verständnislosigkeit geistigen Volkswerten gegenüber darf der Berliner Magistrat nicht zurückstehen. Er würde sonst seinen Ruf einbüßen.

Und weil Berlin eine Volkshochschule hat, die sich in zwei Jahren von 1694 Hörern auf 6000 entwickelt hat, an 20 in ganz Berlin verteilten Arbeitsstätten wirkt und darüber hinaus nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch im Auslande Ansehen und Achtung genießt, darum stürzt man sich auf dieses gemeinnützige Bildungsinstitut, um es mit Keulenschlägen zu zertrümmern, obwohl (oder weil?) seine Tätigkeit dem arbeitenden Volk zugute kommt.

Der Magistrat der Stadt Berlin beabsichtigt, der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, für das Rechnungsjahr 1922/23 noch nicht einmal den für 1921/22 genehmigten Betrag von 600000 Mark in den Etat einzusetzen, sondern nur 400000 Mark bei einem sparsam ausgerechneten, heute nicht mehr der Teuerung angepaßten Mindestbedarf des Instituts von 96 000 Mark.

Es muß ebenfalls auch vom Magistrat und nicht nur von Volksbildungseinrichtungen gespart werden.

Bei einem Sechsmilliardenetat wendet die Gemeinde Berlin für Bildungszwecke ungefähr 180 Millionen auf. Dies dürfte dem Verhältnis Bildungsausgaben — Gesamtaufwendungen entsprechen, wie es so im Durchschnitt in deutschen Landen üblich ist, die Rückständigkeit geistiger Volkserziehung grell beleuchtend und den Nachweis erbringend für die Notwendigkeit von echten Volksschulen, ganz gleich, wie sie sich nennen. Noch ist keine Verwirklichung der sozialistischen Schulforderungen auf dem Gebiete des Bildungswesens erzielt, noch werden die eigentlichen Volkskreise auf die Hilfe frei geschaffener, frei wirkender Bildungseinrichtungen angewiesen sein. Ihre Hemmung oder gar ihre Zerstörung ist ein Verbrechen an Gegenwart und Zukunft des Volkes.

Die beabsichtigte Zertrümmerung der Berliner Volkshochschule, die durch Versagen der Zuschüsse unvermeidlich herbeigeführt würde, gehört mit zum Reaktionärsten und Kulturfeindlichsten, was sich der Berliner Magistrat bisher an schwarzen Gedanken und Plänen geleistet hat.

Nicht laut genug können die Stimmen sich erheben, die in letzter Stunde gegen die Tatsache einer solchen Kulturschmach aufbegehren.

Die Mitteilungen, die Montag abend Vorstand und Ausschuß der Volkshochschule Groß-Berlin entgegennahmen, verdienten es, von einer allgemeinen Versammlung im größten Saale Berlins gehört zu werden. Nichts könnte schärfer die soziale Rückständigkeit und Kulturfeindlichkeit des Berliner Magistrats mit einem einzigen Schlag beleuchten und nichts so sehr Säumige aufrütteln. Es geht um einen Arbeiterbesitz. Ihn zu erhalten, ist Pflicht der Arbeiter und wert ihres energischsten Protestes.

Man darf gewiß mit dem Hauptreferenten der Versammlung, Prof. Dr. Merz, dem Leiter der Volkshochschule, darin einig sein, daß Demokratie auf dem Papier nichts nützt, daß nicht die Form, sondern der Inhalt den Staat ausmachen und daß es eines der ersten Pflichten des demokratischen Staates wäre, alle durch Vermittlung von Geistes- und Kulturbesitz zu Mitarbeit der Tat zu erziehen, auch wenn man Volkserziehung nicht vom Standpunkt des Staates betrachtet, sondern vom ursprünglichsten Menschenrechte des Anteils aller und jedes einzelnen an Kulturvermittlung ausgeht.

Und darf und muß sich aber ebenso seine eigenen Gedanken und Schlußfolgerungen machen, nämlich die, daß es um deutsche und Berliner Demokratie recht jämmerlich bestellt ist. —

Eine Gemeinde, die mit Sparsamkeitsbestrebungen bei den ohnehin kümmerlichen Bildungsausgaben einsetzt — und das ausgerechnet dann, wenn die Fortbildung von Arbeiterkreisen in Betracht kommt —, verhöhnt die Gesetze selbstgeschaffener Demokratie.

Die Resolution, die von der Protestversammlung angenommen wurde, ist kein Ehrenzeugnis für den Berliner Magistrat. Aber sie ist ein deutsches Kulturdokument.

„Jung-Bismarck“

Zu einer blutigen Schießerei kam es Montag abend in einer Versammlung, die der deutschnationale Jugendbund „Bismarck“ nach der Schulaula in der Senefelder Straße einberufen hatte. Referent war der deutschnationale Reichstagsabg. Schulz, der über die Zeile des „Bismarckbundes“ sprechen sollte. Es ist für den Berliner Nordosten selbstverständlich, daß sich auch viele Jungproletarier zu dieser Versammlung einstellten. Um den Geist dieser Versammlung zu kennzeichnen, sei nur erwähnt, daß u. a. auch ein braver Schupomann mit einem großen Hakenkreuz auf der Brust in derselben paradierte. Gleich zu Beginn des Referats erhob sich stürmischer Widerspruch vom übergroßen Teil der Versammlung. Die Erregung der Opposition steigerte sich naturgemäß, als man die Entdeckung machte, daß verschiedene Teilnehmer der Versammlung Waffen bei sich trugen, die sie auch rücksichtslos gegen diejenigen in Anwendung brachten, die Widerspruch gegen das Referat äußerten.

Wie ein bürgerliches Mittagsblatt berichtet, soll sich einer der Versammlungsteilnehmer dazu haben verleiten lassen, unmittelbar nach Eindringen der Arbeiterjugend mehrere Revolverschüsse nach der Richtung des Einganges abzufeuern. Uns wird berichtet, daß ein Versammlungsbesucher einen Schuß durch die Nase erhielt, während einem anderen die Hand durchschossen wurde. Mehrere Jungproletarier wurden durch Schläge mit Gummiknüppeln über den Kopf erbärmlich zugerichtet.

Dieses provokatorische Auftreten deutschnationaler Lümmels und ihre gefährliche Revolverknallerei wird sicher noch ein Nachspiel haben. Schon jetzt wird von bürgerlichen Zeitungen der Vorgang so dargestellt, als hätte sich einer der „verfolgten“ Deutschnationalen in Notwehr befunden. Angeblich sollen die eindringenden Jungproletarier mit Schlagringen und mit Messern gearbeitet haben. Daran ist kein Wort wahr. Der Zweck dieser Darstellung ist zu durchsichtig, um nicht die Absicht herauszufühlen, die deutschnationalen Provokateure von vornherein zu entlasten.

Selbstverständlich wurde die Ordnung durch die Schupo, die in einem Lastkraftwagen anrückte und mehrere Verhaftungen vornahm, wiederhergestellt. Wen sie eigentlich festgenommen hat, haben wir bisher nicht feststellen können. Es sollte uns nicht wundern, wenn der deutschnationale Scharfschütze noch unbehelligt herumläuft, denn nach bürgerlichen Pressemeldungen soll er einen Waffenschein besessen haben.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben und trägt wesentlich zur Charakterisierung der deutschnationalen Heldenjünglinge bei, daß der Bismarckbund wie der berüchtigte Sportklub Olympia militärähnliche Organisationen sind, deren Mitglieder sich aus früheren Zeitfreiwilligen und der Orgesch zusammensetzen.

Arbeiter-Bildungsschule USP. Die Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule steht den Parteigenossen und den Mitgliedern der Soz. Proletarierjugend gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches unentgeltlich zur Verfügung. Sie befindet sich Breite Straße 8/9 und ist jeden Dienstag und Donnerstag von 5½—7½ Uhr abends geöffnet. Das Bücherverzeichnis ist zum Preise von 4 M. käuflich. Diejenigen Leser, welche mit der Ablieferung der entliehenen Bücher im Rückstande sind, werden ersucht die Bücher umgehend abzuliefern.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(56. Fortsetzung.)

Die Dame war sehr schön; es lag etwas Stolzes, Gebieterisches in ihrem Wesen, sie hatte eine angenehme, tiefe Stimme und schaute alle Leute von oben herab an, mit leichtgeschlossenen Lidern, als wenn sie sehr weit von ihr entfernt wären und sie sie nicht gut sähe. Fast jeden Tag führte der schwarzhaarige Soldat Tjuffajew einen schlankbeinigen Fuchs vor den Aufgang zu ihrer Wohnung, und die Dame trat in einem langen stahlgrauen Samtkleide, weißen Stulphandschuhen und gelben Stiefeln auf die Treppe hinaus. Mit der einen Hand die Schleppe und die Reitpeitsche mit dem violetten Edelstein am Stielende haltend, streichelte sie mit der andern freundlich das Maul des am ganzen Körper zitternden Tieres, dessen feuriges Auge von der Seite nach ihr hinblinzelte, während der Huf leicht den festgetretenen Boden stampfte.

„Robert, Robert,“ sagte sie leise und klopfte das Tier mit der kleinen Hand auf den schön gebogenen Hals. Dann setzte sie den Fuß auf Tjuffajews Knie und sprang behend in den Sattel. Stolz tänzelnd schritt das Tier auf dem Damme mit seiner Reiterin davon, die so elegant und sicher im Sattel saß, als wenn sie in ihm festgewachsen wäre.

Ihre Schönheit war von jener ganz besonderen Art, die stets neu und noch nie dagewesen erscheint und das Herz mit berauschender Freude erfüllt. Bei ihrem Anblick sagte ich mir: So müssen die schönen Heldinnen der historischen Romane, eine Diana von Poitiers, eine Königin Margot, Demoiselle Lavallière und wie sie alle hießen, ausgesehen haben.

Beständig war sie von den Offizieren der in der Stadt liegenden Division umschwärmt, an den Abenden wurde bei ihr Klavier, Geige und Gitarre gespielt, gesungen und getanzt. Ihr häufigster Gast war der Major Olessow, ein kurzbeiniger, dicker Herr mit rotem Gesicht und grauem Haar, schmierig wie ein Dampfermaschinist. — Er spielte sehr gut Gitarre und benahm sich wie ein untertäniger Diener der schönen Dame.

Ebenso bezaubernd schön wie die Mutter war auch das fünfjährige kleine Mädchen, ein pausbäckiger Lockenkopf mit großen, ins Bläuliche spielenden, wie in ernster, ruhiger Erwartung blickenden Augen.

Die Großmutter war vom frühen Morgen bis zum späten Abend in der Wirtschaft tätig, wobei ihr der mürrische, ungesprächige Tjuffajew und ein dickes, schielendes Stubenmädchen zur Hand gingen. Eine Kinderfrau hatte die Kleine nicht, sie wuchs fast ohne Aufsicht auf und spielte den ganzen Tag auf der Haustreppe oder einem Balkenstapel, der dem Hause gegenüberlag. Ich ging öfters des Abends hinaus, um mit ihr zu spielen, und gewann sie sehr lieb, und auch sie gewöhnte sich schnell an mich, ließ sich von mir Märchen erzählen und schlief dabei oft in meinen Armen ein. Ich trug sie schlafend in ihr Bett, und bald kam es so weit, daß sie des Abends beim Schlafengehen unbedingt darauf bestand, mir gute Nacht zu sagen. Ich kam zu ihr herein, und sie reichte mir ernsthaft ihr rundes, weiches Händchen und sagte:

„Leb' wohl bis morgen! Großmütterchen, wie muß man sagen?“

„Gott schütze dich!“ sagte die Alte, während sie aus dem Munde und der scharf gebogenen Nase blaue Tabakwolken hervorstieß.

„Gott schütze dich bis morgen, ich will jetzt schlafen,“ sagte die Kleine und wickelte sich fest in die spitzenbesetzte Decke.

„Nicht bis morgen, sondern immer!“ belehrte sie die Großmutter.

„Ist denn nicht immer morgen,“ fragte die Kleine zurück.

Sie liebte das Wort „morgen“, und pflegte alles, was ihr gefiel, in die Zukunft zu verlegen. Sie steckte Blumen, die sie sich gepflückt, und abgebrochene Zweige in die Erde und erklärte:

„Morgen wird das ein Garten sein...“

Oder sie sagte:

„Ich kauf' mir auch mal morgen ein Pferdchen und werde reiten wie Mama...“

Sie war sehr klug, doch für ein Kind zu ernst — mitten im lebhaften Spiel hielt sie plötzlich inne und fragte mit nachdenklicher Miene:

„Warum tragen die Priester so lange Haare wie Frauen?“

Hatte sie sich an einer Brennessel verbrannt, so drohte sie ihr mit dem Finger und sagte:

„Du, ich sag's dem lieben Gott, der wird dich dafür bestrafen! Gott kann jeden bestrafen, auch die Mama..“

Zuweilen lag auf ihrem Gesicht eine stille, versonnene Trauer, sie schmiegte sich an mich an, sah mit den erwartungsvollen blauen Augen zum Himmel empor und sagte:

„Großmütterchen ist öfters böse, aber Mama ist niemals böse, sie lacht nur. Alle Leute haben sie gern, immer kommen Gäste, Gäste und sehen sie an, weil sie so schön ist. Sie ist lieb, die Mama. Und Olessow sagt immer zu ihr: ‚Liebe Mama'!“

Ich hörte die Kleine gar zu gern sprechen — sie erzählte von einer Welt, die mir unbekannt war. Von ihrer Mutter erzählte sie sehr viel, es machte ihr offenbar Freude, von ihr zu sprechen. Vor mir öffnete sich leise ein neues Leben, und ich dachte wieder an Königin Margot, was meinen Glauben an die Bücher und mein Interesse für das Leben noch mehr erhöhte.

Eines Abends saß ich mit der Kleinen auf der Treppe vor dem Hause und erwartete meine Herrschaften, die am Flußufer spazierengingen. Sie war eben in meinen Armen eingeschlafen, als ihre Mutter plötzlich angeritten kam, mit leichtem Schwunge aus dem Sattel sprang und nach ihr hinschauend fragte:

„Wie — sie ist eingeschlafen?“

„Ja...“

„Ach, sieh doch!“

(Fortsetzung folgt.)

Fortführung der Quäkerspeisung in Neukölln. Werdenden und stillenden Müttern ist die Möglichkeit gegeben, vom Beginn nächsten Monats ab weiterhin an der Quäkerspeisung wie bisher teilzunehmen. Anmeldungen hierfür werden schon jetzt **im Büro der Quäkerküche, Bergstr. 55/56, in der Zeit** von 9—1 Uhr entgegengenommen.

Die Sprechstunden in den Neuköllner Säuglingsfürsorgestellen sind vom Bezirksamt wie folgt festgesetzt: Stelle I Steinmetzstr. 97: 1½—2½ Uhr; Stelle II Tellstr. 9: 1—2 Uhr; Stelle III Herzbergstr. 7/8: 2—3 Uhr; Stelle IV: Britz, Werderstr. 54, nur Montags und Donnerstags von 1—2 Uhr. In diesen Stunden können sowohl Säuglinge als auch Kleinkinder bis zum Eintritt der Schulpflicht gemeinsam zwecks ärztlicher Untersuchung und Beratung vorgestellt werden. Eine in Krankheitsfällen evtl. erforderlich werdende Behandlung im eigentlichen Sinne wird dagegen nur bei den mit „Syphilis" behafteten Kindern und Säuglingen durchgeführt.

Straßenpropagandalauf der Fichteturner. Am Sonntag, den 30. April veranstalten die Fichteturner einen Propagandalauf durch den Osten Berlins. Die Läufer starten nachmittags 2 Uhr Elbinger Straße, vor dem Friedrichshain. Der Lauf geht durch die Elbinger Straße, Landsberger Allee, Friedenstraße über Königstor, Straße am Friedrichshain, Kniprodestraße, Elbinger Straße zum Ziel, dem Platz im Friedrichshain. — Da diese Veranstaltung der Fichteturner im Gegensatz zu den überhandnehmenden rohen Auswüchsen des „Boxsports" usw. der Arbeiterschaft eine willkommene Gelegenheit bietet, den Einfluß des vernünftig betriebenen Sportes auf Körper und Geist zu studieren, sei diese ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht.

Die Mißstände der heutigen deutschen Justiz werden am **Donnerstag**, dem 27. April, um 8 Uhr in einer von der „**Deutschen Liga für Menschenrechte**" veranstalteten Versammlung in der Neuen Welt, Hasenheide, behandelt werden. Redner: Hellmut v. Gerlach, Kammergerichtsrat Freymuth, Ignaz Wrobel, Dr. E. J. Gumbel, Abg. Erich Kuttner. Der Reichsjustizminister und die juristischen Abgeordneten aller Parteien sind persönlich eingeladen. Karten zu 3 Mark bei Wertheim, Bote & Bock. Gewerkschaftsmitglieder zahlen 2 M. an der Abendkasse.

An alle Grunewaldbesucher wird die dringende Bitte gerichtet, zur Erhaltung des Waldbestandes das Verbot des Rauchens im Walde zu beachten, sich dem Walde nicht mit unverwahrtem Feuer zu nähern oder denselben mit brennender Zigarre oder Zigarette zu betreten. Durch die in der wärmeren Jahreszeit zunehmende Trockenheit ist die Brandgefahr im Walde ganz bedeutend erhöht. Abgesehen von der Strafbarkeit im Zuwiderhandlungsfalle werden oft nicht nur Leben und Gesundheit von Menschen und Tieren durch Waldbrände gefährdet, sondern es gehen durch mannigfaches Auftreten derselben auch dem Volke ungeheure Werte verloren. Im allgemeinen Interesse werden die Waldbesucher ersucht, den Anweisungen der Aufsichtsbeamten unbedingt Folge zu leisten.

Ausstellung von Erfindungen in Berlin. Die Deutsche Erfinder-Schutz-Union e. V. (DESU), Sitz Berlin, veranstaltet vom 20. bis 28. Mai 1922 in Berlin eine Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, deren Beschickung jedermann freisteht. Als Ausstellungslokal wurde das Haus der Gesellschaft der Freunde gewonnen. Die Lage des am Potsdamer Platz gelegenen Ausstellungslokales verspricht glänzenden Besuch. Daß Ausstellungen in Berlin sich stets großen Zuspruchs erfreuen, beweisen die Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Die Ausstellungsbedingungen können gegen Freiumschlag vom Büro, Berlin S 61, Planufer 61, bezogen werden. Erfindern und Fabrikanten, die ihre Neuheiten ausstellen wollen, ist baldige Anmeldung anzuraten, da zahlreiche Anmeldungen bereits vorliegen. Unbemittelte Erfinder erhalten auf Antrag Ermäßigung. Der Anmeldeschluß ist auf den 5. Mai festgesetzt.

Millionenbeute machten Wohnungseinbrecher am Sonntag nachmittag in der Seydelstraße 17. Klingelfahrer hatten ausgekundschaftet, daß in der im zweiten Stockwerk belegenen Wohnung niemand anwesend war und dann die Sicherheitsschlösser abgeschraubt. So Eingang verschafft stahlen sie u. a. einen Herren-Gehpelz, mit auffallendem Virginia-Otterkragen, einen Herren-Sportpelz, kurz geschorener Biber mit Biberkragen, einen Damenpelzkragen, einen Iltis-Muff, eine schwersilberne Handtasche, zwei goldene Damenuhren, ein Brillantkollier mit Platinkette und sehr wertvolles Tafelsilber.

Der Frauenmord an der Waisenbrücke ist noch nicht aufgeklärt. Die Nachforschungen nach der Leiche sind bisher ohne Erfolg geblieben. Sie werden heute vom Reichswasserschutz weiter fortgesetzt. Der Hut der Ermordeten, der auf der Brücke gefunden wurde, ist im Polizeipräsidium ausgestellt. Trotz der Wichtigkeit dieses Fundes für die Ermittelungen haben sich bisher nur wenig Personen eingefunden, um sich den Hut anzusehen. Keine von ihnen hat sagen können, wem er gehört. Es wäre dringend zu wünschen, daß sich nach dieser Richtung mehr Interesse zeigte.

Gewerkschaftliches

Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongreß

Am Montag fand die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter ihre Fortsetzung. Auf Antrag des Genossen Knaak nahm die Versammlung zuerst zu der Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftskongreß Stellung. Knaak teilte mit, daß die drei Fraktionen in interfraktioneller Besprechung zu dem Beschluß gekommen seien, eine gemeinsame Liste mit je 10 Kandidaten der einzelnen Richtungen aufzustellen, die der Mitgliedschaft zur Urabstimmung vorgelegt werden soll. Im letzten Augenblick sei die SPD. von der Abmachung zurückgetreten, was die USP. aber nicht veranlassen könne, ebenso zu handeln. Der Redner schlug eine gemeinsame Liste der USP. und KPD. mit je 16 Kandidaten vor.

Krüger von der SPD. erklärte, daß die SPD. es unbedingt ablehnen müsse, mit der KPD., deren gewerkschaftlicher Haltung wegen, auf eine Liste zu gehen. Die SPD. würde eine Minderheitsliste aufstellen.

Müller von der KPD. trat für die gemeinsame Liste der USP. und KPD. ein.

Bei der Abstimmung erhielt die Minderheitsliste der SPD. 47 Stimmen. Da 580 Delegierte anwesend waren, fehlten zur Anerkennung dieser Liste 6 Stimmen. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, eine **gemeinsame Liste der USP. und KPD.** zur Urwahl zu stellen. Die vorgeschlagenen Kandidaten der USP. sind: 1. Otto Ziska, 2. Paul Zippel, 3. Robert Bredow, 4. Frieda Gladosch, 5. Max Urich, 6. Willi Schmalz, 7. Hans Kögler, 8. Max Linick, 9. Fritz Brandt, 10. Franz Rooch, 11. Ernst Wiegandt, 12. Fritz Bomke, 13. Franz Jahnke, 14. Otto Janitschke, 15. Karl Albrecht und 16. Großmann.

Der Hauptkassierer Schmidt erläuterte eingehend den in der Wochenbeilage „Der Metallarbeiter" bereits veröffentlichten Kassenbericht. Nach kurzer Aussprache wurde dem Kassierer auf Antrag des Obmannes der Revisionskommission einstimmig Entlastung erteilt.

Den gedruckt vorliegenden umfangreichen Jahresbericht ergänzte und erläuterte Genosse Ziska. Nach Skizzierung der wirtschaftspolitischen Situation und des Kräfteverhältnisses der Kontrahenten erörterte er eingehend die Regelung der Urlaubsfrage und des Arbeitsnachweises für die Berliner Metallindustrie. Aus den weiteren Ausführungen wäre zu erwähnen, daß im Jahre 1921 59 Gruppenbewegungen in 248 Betrieben durchgeführt wurden, und zwar ohne Streik 47 mit 42 200 Beteiligten und 12 mit Streik und 3575 Beteiligten. Bei starker Mitgliederfluktuation ist eine geringe Mitgliederzunahme gegenüber 1920 festzustellen. Zum Schlusse wandte sich Ziska in durchaus sachlicher Form gegen die Parolentaktik der Kommunisten, die in ihrem Enderfolg die Gewerkschaften in hohem Maße schädigen.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen wurde die Versammlung abermals vertagt.

Angestellte und Maifeier

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten treffen sich Montag, den 1. Mai, an folgenden Sammelstellen:

Platz vor dem Neuen Tore, Bülow-Platz (Volksbühne), Straußberger Platz, Dönhoffsplatz, Blücher-Platz.

Abmarsch nach dem Lustgarten Punkt 10 Uhr.

Zentralverband der Angestellten

Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte!

Die Betriebsräteschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale teilt mit:

Aus größeren Betrieben häufen sich die Anfragen an uns, auf welche Weise die an der Betriebsräteschule erteilte Lehrberatung auch auf die Kollegen und Kolleginnen übertragen werden kann, die von ihren Betrieben direkt in die Kurse delegiert werden.

Wir weisen daher auch öffentlich darauf hin, daß die Betriebsräteschule gerne bereit ist, nach vorheriger Verabredung, eine Vertretung in eine hierfür anberaumte Sitzung der Arbeiterräte, Angestelltenräte oder Betriebsräte größerer Betriebe zu entsenden, um dort in gemeinsamer Besprechung Fragen der arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Schulung zu erörtern, und so den Betriebsräten mit praktischen Hinweisen für die zweckmäßigste Beteiligung von Kollegen ihrer Belegschaft an den Kursen zur Hand zu gehen.

Dahingehende Verabredungen können während der Bürostunden und während der Montags und Freitags von 4—7 Uhr stattfindenden Lehrberatungssprechstunden getroffen werden. Da der neue Lehrgang bereits Anfang Mai beginnt und damit für uns naturgemäß eine starke Arbeitshäufung verbunden ist, wollen sich bitte die Betriebsräte, die eine solche gemeinsame Besprechung wünschen, möglichst **umgehend an uns wenden.**

Reichstarifschiedsspruch im Bankgewerbe abgelehnt

Nachdem der gelbe Deutsche Bankbeamtenverein dem Vorschlage des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, eine gemeinsame Ablehnungserklärung zu dem Schiedsspruch im Bankgewerbe dem Arbeitsministerium zu überreichen, nicht beigetreten ist, hat nunmehr der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten gleichzeitig im Namen der Frankfurter Kassenboten-Organisation den ablehnenden Standpunkt dieser beiden Verbände zum Schiedsspruch mit ausführlicher Begründung dem Arbeitsministerium und dem Reichsverband der Bankleitungen offiziell mitgeteilt.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten stellt die Forderung auf Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe an sämtliche Bankangestellten zum Ausgleich der Teuerung und ferner auf Herbeiführung eines neuen Schiedsspruches für Arbeits- und Gehaltsverhältnisse des Monats Mai.

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. In dem Kursus des Genossen Richard Seidel über dieses Thema, der besonders auf die neuere arbeitsrechtliche Gesetzgebung eingehen wird, findet am Donnerstag, den 27. April, 7 Uhr abends, der zweite Vortrag statt. Hörer können noch aufgenommen werden. Der Kursus wird in der Arbeitsstätte der Volkshochschule Groß-Berlin, Pasteurstr. 44-46, abgehalten.

USPD. Eisendreher, Revolverdreher, Dreherinnen und Rundschleifer. Am Donnerstag, den 27. April, abends 5 Uhr, findet in der Schulaula am Koppenplatz eine wichtige Versammlung aller USPD.-Genossen und -Genossinnen statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Neuwahl der Branchenkommission. Erscheinen unbedingte Pflicht. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Kabelwerk Oberspree. Am Donnerstag, den 27. April, nachm. 3½ Uhr, wichtige Sitzung aller USPD.-Genossen im Lokal von Imberg, Wilhelminenhofstr. 34. Gewerkschafts- und Parteiausweis legitimiert.

Parteiveranstaltungen

9. Verwaltungsbezirk Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunew. Am 1. Mai künstlerische Abendveranstaltung in der Aula der Oberrealschule am Seepark. Anfang 7.30. Genosse Stein, Festrede; Gertrud Eysoldt, Rezitation; Kammer-Trio; Gesangverein Vorwärts-Südost (M. d. A. S. B.). Billetts an der Abendkasse und bei den Bezirksführern. Kinder unter 12 Jahren kein Zutritt. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

11., 12., 13., 14. Distrikt. Zur Pflege des Proletarischen Gesanges hält der Jugendchor, Prenzlauer Berg, jeden Donnerstag, abends 6—8 Uhr, in der Turnhalle der roten Schule, Greifenhagener Straße 58—59, unter Leitung des Genossen J. Jüttner, seine Uebungsstunden ab. Die Jugend von 10 Jahren an wird beitragsfrei in jeder Stunde aufgenommen; auch wird gebeten, unsere kleinen Sänger regelmäßiger und pünktlich zur Uebungsstunde zu schicken.

Kinderschutzkommission Groß-Berlin. Mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zur Maifeier ist die Ausschuß-Sitzung von April ausgefallen. Die Ausschußsitzung findet in der zweiten Maiwoche statt.

Mittwoch, den 26. April

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt. Heute abend Bezirksführersitzung mit Stellvertretern, abends 7.30 Uhr, bei Wiemers, Bülowstraße 58. Dazu sind geladen sämtliche Obleute der Kommissionen, sowie der Jugendleiter.

Bezirksversammlung, Berlin-Mitte. (1. Verwaltungsbezirk.) 6.30 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal. Eine Stunde vorher Fraktionssitzung. Wichtige Tagesordnung.

5. Verwaltungsbezirk. Elternbeiräte. Die Vollversammlung findet erst am Sonnabend, den 29. April, abends 6 Uhr, statt.

16. Verwaltungsbezirk, Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Bohnsdorf, Grünau und Erkner. Abends 7.30 Uhr, Generalversammlung im Bayernhof, Köpenick, Köllnischer Platz. Bericht des Vorstandes und Neuwahl. — Erscheinen aller notwendig.

10. Distrikt, Gesundbrunnen. Lichtbildervortrag nur für Frauen. Referentin: Schwester Kyndl-Hochstetter, abends 7 Uhr, Realschule, Badstraße 23. Gäste der anderen Distrikte sind willkommen.

11. Distrikt, 3. Abteilung. In der heutigen Generalversammlung sind die Kinder der Genossen, welche an der Demonstration teilnehmen, der Genossin Woiwode bekanntzugeben.

10. Distrikt, Gesundbrunnen, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr, Sitzung der Funktionäre, bei Frisch, Drontheimer Str. 4.

Charlottenburg. Kinderschutzkommission. Sämtliche Mitglieder wollen bitte zwecks wichtiger Besprechung pünktlich zu der Generalversammlung, Oberrealschule, Guerickestraße, erscheinen.

Arbeitersport

Berliner Wettsegel-Verband. Der B. W. V., welchem die in Berlin ansässigen Arbeiter-Segel-Vereine angehören, veranstaltet am 1. Mai d. Js. in Marienlust um 10 Uhr eine Maifeier, zu welcher alle gleichgesinnten Wassersporttreibenden freundlichst eingeladen werden, damit die Feier einen großen und würdigen Verlauf nimmt. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß nach Beendigung der Maifeier sowie am 30. April, 6. und 7. Mai, auf dem Langen- und Seddin-See die diesjährigen Frühjahrswettfahrten stattfinden.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Geschäftsnummer: 188, D. 364.21.

In der Strafsache

Massary-Zigarettenfabrik

Inhaber A. & B. Schlochauer, Berlin S. 42, Rittersir. 9-10, gegen den Zigarettenfabrikanten Isaak Litwinschuk in Berlin, geboren am 4. September 1897 in Odessa,

wegen Verletzung des Warenzeichengesetzes

hat das Schöffengericht in Berlin-Mitte in der Sitzung vom 23. November 1921 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen das Warenzeichengesetz zu Mark: 3000.— (dreitausend Mark) Geldstrafe, hilfsweise für je 10 Mark ein Tag Gefängnis kostenpflichtig verurteilt.

gez. Dr. Neumann, Amtsgerichtsrat.

Vorstehendes Urteil ist rechtskräftig.

Ausgefertigt:

Berlin NW. 52, den 14. 12. 1921.

L. S. gez. Jagow, Kanzleisekretär,
als Gerichtsschreiber des Amtsgerichts
Berlin-Mitte, Abt. 188.

Annahme in allen Spediteuren des Verlages — Geschäftsst. Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.50 M., jed. weitere Wort im Text 1.75 M. netto Stellengesuche: Überschriftswort 2.—, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Saatkartoffeln, ausgesuchte, Pfd. 3 M., auch Viehkartoffeln. — Meyer, Gustav-Müller-Straße 47.

Sehr billig! Drillichanzüge, Unterhosen, Zeltbahnen und sämtliche Touristenartikel, Landsberger Str. Nr. 34.

Gardinen, 2 Fenster 88.—, Stores, Bettdecken, Meterware 17 an. Gardinen-Spezialgeschäft Schönhauser Allee 102, eine Treppe, Ringbahnstation Schönhauser Allee, Hochbahnstation Nordring.

3000 Anzüge Schlüpfer, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Damenmäntel usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Daher finden Sie das Richtige und lohnt sich der Weg. Fahrgeldvergütung. Leihhaus Bayhagener Straße 47.

Kinderwagen. Klappsportwagen, Kinderbrahtbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93.

Gardinen. Habe keinen Laden und sonstige Geschäfts-Unkosten, daher bedeutend billiger wie überall. Einige Beispiele: Künstlergardinen, dreiteilig, jedem Geschmack entsprechend, weiß, creme, bunt; Garnitur 90.—, 110.—, 125.— bis 400. Moderne Stores 75.— bis 300.—, Bettdecken 58.—, 75.— bis 400.—. Gardinenstoffe, Schalgardinen, Madrasgardinen, Leinenportieren, Zuggard., Tischdecken, Diwan-Decken usw. weit unterm Ladenpr. Wigniker, Wichertstraße 73, 1 Tr. (k. Laden), am Ringbahnh. Schönhauser Allee, Hochbahnstation Nordrg., Fahrtvergütung.

Central-Leihhaus Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

Staunenerregend! Wunderb. Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- u. Silberfüchsen. Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. — Keine Lombardware, Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung. Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Räder-Weidlich. Seilerwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder, Kinderwagen, Puppenw., Weidlich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Resthaus Belz. Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke, sehr preiswert.

Möbel

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarder Str. achtzehn.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequeme Zahlweise verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (3 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badstr. 47-48.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstraße 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack, gebrauchte 275.—. Auch außerhalb.

Chaiselongues, 275.—, Metallbetten 250.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett, Meike, Augustsstr. 32a, Quergebäude.

Kaufgesuche

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale, Hennstr. 62. Moabit 6034.

Nähmaschinen, gebrauchte, kauft zu hohen Preisen Schlesinger, Wilmersdorfer Str. 50—51.

Schallplatten, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Metallschmelze, Neanderstraße 33 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Pistolen und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Fahrräder

Fahrradankauf Linienstr. 19.

Fahrräder kauft man billig Schönhauser Allee 163.

Werkzeuge u. Maschinen

Jeden Posten Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelleinen, kauft höchstzahlend zu reellen Preisen Hans Becker, Straußberger Str. 44, Laden.

Unterricht

Vierteljahres-Sonderlehrgänge: Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Stenographie, Maschinenschreiben, Halbjahres-, Jahres-Lehrgänge, Sonderlehrgänge für Schüler höherer Lehranstalten, Englisch, Französisch, Kaufmännische Privatschulen Rössner, Inh. Ernst Rössner, Neue Promenade 3 (Börse-Bahnhof).

Vermietungen

Wohnungen verm., mietet, tauscht Bass, Langestraße 78, Berlins bekanntester Wohnungs-Nachweis.

Wedding-Gesundbrunnen. Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Berlins bekanntester Wohnungs-Nachweis, Bass, Lindower Str. 8.

Wohnungen verm., mietet, tauscht Berlins bekanntester Wohnungs-Nachweis, Bass, Gollnowstr. 37, Langestraße 78, Lindower Straße 8.